

Gewerkschaftstag der GEW beschließt Eckpunkte für die Bürgerschaftswahl und erteilt Denunziationsversuchen der AfD eine Absage

„Antifaschismus als Bildungsziel in das Hamburger Schulgesetz aufnehmen“

Gestern tagte der Gewerkschaftstag, das höchste Gremium der GEW Hamburg, diskutierte mit dem Bürgermeister über aktuelle bildungspolitische Herausforderungen, insbesondere das Zweisäulenmodell, und beschloss Eckpunkte für die Bürgerschaftswahl.

„Die Hamburger GEW tritt weiterhin für ‚Eine Schule für alle‘ ein, also für eine Überwindung des derzeitigen Zweisäulenmodells aus Gymnasien und Stadtteilschulen. Wir sind der gut begründeten Auffassung, dass sich eine inklusive Schule durch längeres gemeinsames Lernen auszeichnet und zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt. Einen ‚Schulfrieden‘, der dies selektive Schulsystem weiter zementiert und damit auch die soziale Segregation weiter fest schreibt, lehnen wir ab. Für die Beschäftigten an den Schulen sind seit Jahren die Arbeitsbedingungen nicht verbessert worden. Dadurch ist an vielen Stellen der betriebliche Frieden gestört. Die Arbeitsbedingungen machen krank oder treiben Lehrkräfte in Teilzeit. Deshalb fordern wir eine Überarbeitung der Lehrerarbeitszeitverordnung, die eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit und Aufgabenfülle sowie eine Reduzierung der Unterrichtsstunden nach sich zieht“, so **Anja Bensing-Stolze**, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Turnusgemäß und mit großer Mehrheit wurde der zweite stellvertretende Vorsitzende und Inklusionsexperte **Sven Quiring** wiedergewählt.

„In der EiBiSch-Studie (Evaluation inklusiver Bildung in Hamburg) wird deutlich, dass besondere Belastungen für die Schülerschaft, Lehrkräfte, pädagogisch-therapeutisches-Fachpersonal und für die Eltern entstehen, wenn Schwierigkeiten in der emotional-sozialen Entwicklung von SchülerInnen gehäuft in Klassen auftreten. Dieser besonderen Belastung muss Rechnung getragen werden. Unabhängig von den Mängeln der Einsortierung von Schulen nach dem KESS-Faktor, sollten für Schulen in den Gebieten KESS 1 und 2 besondere Anstrengungen unternommen werden, um ausreichend gutes Personal zu gewinnen. Dort wird das beste Personal gebraucht! Wir fordern die BSB auf, Anreize - z. B. in Form von Arbeitszeitentlastung – zu schaffen. Die von uns aufgestellten Forderungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine starke Unterstützung durch begleitende sozialpolitische Maßnahmen geben muss, um dem Ziel einer Entkoppelung von sozialer Herkunft und individueller Zukunft näher zu kommen“, so **Sven Quiring**, zweiter stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

../2

Beschlossen wurde ein Antrag, Antifaschismus explizit als Bildungsziel in das Hamburger Schulgesetz aufzunehmen. Diese Forderung wird die GEW nun in der Öffentlichkeit und gegenüber der Behörde vertreten.

„Zwar lässt sich eine klare Haltung gegen Faschismen aus den im Bildungsplan bereits verfassten humanistischen Bildungsbestrebungen zu Offenheit, Toleranz und Demokratie ableiten. Da es jedoch leider die deutliche Tendenz gibt, antifaschistisches Engagement zu diskreditieren und als angeblich per se gewaltbefördernde extremistische Einstellung zu kriminalisieren, ist es notwendig, das klare Bekenntnis gegen Faschismus und die daraus resultierende antifaschistische Erziehung explizit in den Hamburger Bildungsplänen zu verankern und somit für alle eindeutig zu legitimieren. Dies würde engagierten Lehrkräften massiv den Rücken stärken und Einschüchterungsversuche sowie Bedrohungen von rechts erschweren“, so **Fredrik Dehnerdt**, stellvertretender Vorsitzender GEW Hamburg.